

Amtliche Publikationen

DORNACH

www.dornach.ch
info@dornach.ch

Aufgrund von diversen Medienartikeln nimmt der Gemeinderat Dornach nachfolgend Stellung

Der Bauverwalter der Gemeinde Dornach steht aufgrund eines laufenden Verfahrens zu einem privaten Bauprojekt in der Gemeinde Dornach im Mittelpunkt medialer Kritik. Den Gemeindebehörden werden Filz, Seilschaften und Willkür vorgeworfen. Dies sind Vorwürfe, die der Gemeinderat nicht stehen lassen will. Zudem wehrt sich der Gemeinderat dagegen, dass Mitarbeitende der Verwaltung in den Medien persönlich angegriffen werden. Das ist nicht gerechtfertigt. Die Streitigkeiten haben ihren Ursprung bereits vor der Anstellung von Martin Zweifel als Bauverwalter.

Das Amt des Bauverwalters ist stark exponiert. Es ist im Interesse der Gemeinde Dornach, dass ein Bauverwalter auch heisse Eisen anpackt. Der Gemeinderat wünscht sich, dass die Medien stärker darauf sensibilisiert sind, dass Behörden zu laufenden Verfahren keine ausführlichen Auskünfte erteilen können.

Der Gemeinderat verfolgt das Ziel einer effizienten, effektiven und kundenfreundlichen Dienstleistung der Bauverwaltung, welche die Bautätigkeiten in Dornach im Rahmen von Recht und Gesetz begleitet, aber auch eingreift, wenn die gesetzlichen Vorgaben nicht eingehalten werden. Der Gemeinderat geht davon aus, dass Reklamationen in Sachen Bauverwaltung entweder an den Gemeinderat gehen oder die Betroffenen von den ihnen zustehenden Rechtsmitteln Gebrauch machen, wenn sie mit einer Entscheidung nicht einverstanden sind.

Die Austragung von Konflikten über die Presse ist laut Ansicht des Gemeinderats der falsche Weg.

22

Donnerstag, 7. März 2019 Nr. 10

DORNACH

LESERBRIEF

Stellungnahme war ein Alleingang

Öffentliche Kritik und Vorwürfe gegenüber Behörden, Mitarbeitern der Gemeinde oder dem Präsidium sind eine ernst zu nehmende Angelegenheit. Sie müssen analysiert sowie fachlich, sachlich und neutral beurteilt werden. Eine grosse Mehrheit des Dornacher Gemeinderats unterstützt diese Vorgehensweise, da sie für alle betroffenen Parteien Klarheit schafft.

Umso mehr erstaunte die Veröffentlichung der Stellungnahme im Namen des Gemeinderats vom 28. Februar, die grösstenteils Bezug auf die Vorwürfe gegenüber dem Bauverwalter nimmt. Die Mitteilung entstand jedoch nicht aus einem gemeinderätlichen Konsens heraus, sondern wurde von einem Gemeinderat verfasst. Die Veröffentlichung erfolgte ohne eine mehrheitliche Zustimmung des Gemeinderats, sondern war

ein Alleingang des Gemeindepräsidenten.

Die Gemeinderäte Daniel Müller und Annabelle Lutgen (beide FDP), sowie Marisol Fürst (SVP) distanzieren sich entschieden von dieser Aktion. Sie verurteilen das eigenmächtige Vorgehen aufs schärfste. Sie fordern eine lückenlose und objektive Aufklärung zu diesen und allen anderen Vorwürfen sowie einer Auflistung aller hängigen Beschwerden. Der Gemeinderat setzt sich für eine offene, transparente und kundennahe Umsetzung aller Dienstleistungen der Gemeinde ein. Respekt, Ehrlichkeit und ein gepflegter gegenseitiger Umgang aller Beteiligten sind die Grundlagen für ein menschliches und möglichst konfliktfreies Zusammenleben.

Daniel Müller (FDP), Annabelle Lutgen (FDP), Marisol Fürst (SVP)

LESERBRIEF

Man muss das Filz nennen dürfen

Der Stellungnahme des Gemeinderats betreffend der Bauverwaltung im letzten Wochenblatt muss widersprochen werden. Es ist bei weitem nicht nur ein Einzelfall, an welchem sich die Kritik entzündet. Das Bauprojekt am Juraweg 13 ist nur ein besonders krasses Beispiel, mit welchem unterschiedlichem Mass gemessen wird, und wie willkürlich der Bauverwalter agiert. So hat er sich am 9. Januar völlig rechtswidrig über die Verfügung des Verwaltungsgerichts hinweggesetzt, indem er unter Androhung eines Polizeiaufgebots alle Handwerker von der Baustelle verwiesen hat. Gegen diese Handlungsweise der Bauverwaltung ist von den leidtragenden Unternehmern protestiert worden.

Wir haben vor diesem öffentlichen Protest selbstverständlich alles versucht, die Problematik in Gesprächen mit Gemeindepräsident und Bauverwalter zu lösen. Aber wenn der Wille nicht da ist, und der juristische Weg länger dauert, als ein normaler Unternehmer überle-

ben kann, dann bleibt als letzter Ausweg eben nur der Schritt an die Öffentlichkeit. Diese hat ein Anrecht darauf, über die Missstände in einer öffentlichen Verwaltung informiert zu werden.

Denn es ist alles andere als «effizient und kundenfreundlich», wenn einerseits ein Baustopp verfügt wird, aber das verlangte Änderungsgesuch seit einem dreiviertel Jahr nicht behandelt und nicht publiziert wird. Schliesslich sind ja auch die anderen drei fast baugleichen Gebäude Juraweg 11, 15 und 17 auf diese Weise genehmigt, gebaut und abgenommen worden. Doch beim letzten Bau dieses Ensembles will der Bauverwalter plötzlich Interpretationen des Baurechts anwenden, welche im Vergleich dazu umso mehr beispielsweise für den Neubau am Unt. Zielweg 10 gelten müssten. Wenn aber so etwas problemlos toleriert wird, nur weil da die Bauherrin eine Mitarbeiterin der Bauverwaltung ist – dann muss man das Filz nennen dürfen.

John C. Ermel und Mit-Unternehmer